

Landesarchiv Berlin
B Rep. 057-01

Nr.:

4843

A p 4/67 (RS HA)
Dokumentenbeispiele

III

Sicherheitshauptamt
I A 11 - Allgem. 1498/41 -

Berlin, den 4. März 1941

Der Höhere SS- und Polizeiführer Ost	
11. MÄRZ 1941	
Staatspolizei-leit-stellen	25/41

An alle

Staatspolizei-leit-stellen

mit Ausnahme der Staatspolizei-leit-stellen

Graudenz, Bromberg, Posen, Hohensalza, Litzmann-
stadt, Prag und Brünn.

Nachrichtlich:

an

- a) die Höheren SS- und Polizeiführer,
- b) die Inspektoren der Sicherheitspolizei und des SD,
- c) die Staatspolizei-leit-stellen
Graudenz, Bromberg, Posen, Hohensalza,
Litzmannstadt,
- d) die SD-(leit)-Abschnitte,
- e) den Gruppenleiter I A (a)
- f) das Referat I B 1 (2 Abdrucke für die Sammlung
"Runderlasse"),
- g) das Referat I F

Betrifft: Listen der ausgebürgerten Personen.

Bezug: RdErl. vom 1.8. 1940 - I A 11 - Allgem.
1450/40 -.

--- --

I.

In Ergänzung der Bestimmungen der Ziffer
I des eingangs erwähnten RdErl. vom 1.8. 1940 ordne
ich an, daß den nachgeordneten zuständigen Ortspolizei=
behörden auch die in den Berichtigungsblättern zu den
Listen der ausgebürgerten Personen aufgeführten Be=

/=

richtigungen, Ergänzungen und Rechtsunwirksamkeiten der durchgeführten Ausbürgerung bekannt zu geben sind.

II.

Die Namen derjenigen Personen, denen die Protektoratsangehörigkeit auf Grund des § 1 der Verordnung über die Aberkennung der Staatsangehörigkeit des Protektorats Böhmen und Mähren vom 3.10. 1939 (RGBl. S. 1997) aberkannt worden ist, werden gleichfalls im Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger veröffentlicht und in einer Blattsammlung nach dem Muster der Listen der gemäß § 2 des Gesetzes vom 14.7. 1933 der deutschen Staatsangehörigkeit für verlustig erklärten Personen zusammengestellt. Zum Unterschied von der Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit wird die Aberkennung der Protektoratsangehörigkeit dadurch kenntlich gemacht, daß die Namen der Personen, denen die Protektoratsangehörigkeit aberkannt worden ist, auf grünem Papier gedruckt werden.

Die Übersendung der Lieferungen Nr. 1 - 3 der ausbürgerten Protektoratsangehörigen erfolgt in den nächsten Tagen. Für die späteren Bekanntmachungen über die Aberkennung der Protektoratsangehörigkeit werden jeweils Nachträge geliefert.

Es bleibt dem Ermessen der Staatspolizeileitstellen überlassen, die einzelnen Blätter der Lieferungen in die Gesamtliste der der deutschen Staatsangehörigkeit für verlustig erklärten Personen oder in eine besondere Liste einzuordnen.

Sofern nachträglich Vermögenswerte ohne Vermögensbeschlagnahme ausgebürgerter Protektoratsangehöriger bekannt

BA. Ns 19 all / 1524

werden, ist unverzüglich zu berichten; im übrigen finden die Bestimmungen der Ziffer I des RdErl. vom 1.3. 1940 - S I A 11 - Allgem. 1450/40 - und der Ziffer I des vorliegenden RdErl. auf ausgebürgerte Protektoratsangehörige sinngemäß Anwendung.

Im Auftrage:

gez.: Dr. Bilfinger



Beglaubigt:

[Handwritten signature]
Kanzleiangeestellte.

sch.

BA Ns 19 ael / 1524

0-2-656

Reichssicherheitshauptamt
I A 11 - Allgem.1494/II

Berlin, den 5. März 1941.

Der Höhere SS- und Polizeiführer West		
11. MRZ. 1941		
W.D.-Ort.		Ans.
	11. 11.	254/41

An

alle Staatspolizei(leit)stellen
mit Ausnahme der Staatspolizei(leit)stellen
Graudenz, Bromberg, Posen, Hohensalza, Litzmannstadt.

nachrichtlich

an

- a) die Inspekture der Sicherheitspolizei und des SD.,
- b) die Staatspolizei(leit)stellen Graudenz, Bromberg, Posen, Hohensalza, Litzmannstadt,
- c) die Höheren SS- und Polizeiführer,
- d) den Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD. in Prag,
- e) die SD-(Leit)-Abschnitte,
- f) den Gruppenleiter I A (a),
- g) das Referat I B 1 (2 Abdrucke für die Sammlung "Runderlasse"),
- h) das Referat I F.

Betrifft: Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit bei jüdischen Emigranten;
hier Versteigerung von Umzugsgütern.

Bezug: Runderlasse vom 1.8.1940 - I A 11 Allgem. 1450/40 - und 24.9.1940 - I A 11 Allgem.1433.

I.

Nach den Bestimmungen der Ziffer III des Runderlasses vom 1.8.1940 - I A 11 Allgem. 1450/40 - können sichergestellte Umzugsgüter ausgewanderter Juden, gegen die ein Ausbürgerungsverfahren eingeleitet oder in Vorbereitung ist, bereits versteigert werden, wenn mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit die Ausbürgerung in Kürze erwartet werden kann.

Ich

- 2 -

Ich erkläre mich damit einverstanden, daß künftig eine Versteigerung des sichergestellten Umzugsgutes aus- gewanderter Juden auch dann erfolgt, wenn die gegen die jüdischen Emigranten eingeleiteten oder in Vorbereitung befindlichen Ausbürgerungsverfahren nach den z.Zt. gel- tenden Richtlinien nicht zur Ausbürgerung führen können und eine Versteigerung aus volkswirtschaftlichen Gründen geboten erscheint.

Im übrigen finden die Bestimmungen der Ziff.III Abs. 2 und 3 des eingangs erwähnten Runderlasses vom 1.8.1940 sinngemäße Anwendung.

II.

Über erfolgte Sicherstellungen im Zuge eines Ausbürgerungsverfahrens ist gegebenenfalls unter Angabe des Erlöses versteigerter Umzugsgüter in allen Fällen hierher zu berichten.

III.

Der Erlaß ist zur Weitergabe an die kreis- und Ortspolizeibehörden nicht bestimmt.

IV.

Alle mir in gleicher Angelegenheit vorgelegten Berichte finden damit ihre Erledigung.

Im Auftrage
gez. Dr. B i l f i n g e r



beglaubigt:

Kanzleiangestellte

BA NS 19 alt / 1574

Reichssicherheitshauptamt

II A 5 b - Allgem.1558/41

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum anzugeben

Berlin SW 11, den 13. Juni 1941.
Prinz-Albrecht-Str. 8
Fernsprecher 12 00 40

Schnellbrief

Vertraulich!

An
alle Staatspolizei(leit)stellen

nachrichtlich

an

- a) die Inspektoren der Sicherheitspolizei und des SD,
- b) die Höheren W- und Polizeiführer,
- c) den Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD.

in F r a g e,

- d) die SD-(Leit)-Abschnitte,
- e) den Gruppenleiter II A,
- f) das Referat II A 1 (2 Abdrucke für die Sammlung "Runderlasse");
- g) das Referat I B 3

Der Höhere W- u. Polizeiführer Wst	
20. JUNI 1941	
E. 11/16	546/141

Betrifft: Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit bei jüdischen Emigranten.

Bezug: Runderlasse

- a) vom 8.5.1940 - I A 11 Allgem.1450/40,
- b) " 1.8.1940 - I A 11 Allgem.1450/40,
- c) " 5.3.1941 - I A 11 Allgem.1494/II.

I.

Hinsichtlich der Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit der im Ausland lebenden Juden steht demnächst eine gesetzliche Neureglung bevor. Zur Entlastung des Geschäftsverkehrs sind daher mit sofortiger Wirkung Vorschläge auf Ausbürgerung von Juden deutscher Staatsangehörigkeit an das Reichssicherheitshauptamt nicht mehr einzureichen, mit Ausnahme von einzelnen Fällen, die so dringend sind, daß ein Aufschub von einigen Wochen nicht verantwortet werden kann.

Staatspolizeiliche Sicherstellung^{en} von Vermögenswerten und Versteigerungen von Umzugsgütern jüdischer Emigranten sind jedoch nach den einschlägigen Erlassen weiter durchzuführen.

II.

Ausbürgerungsverfahren gegen deutschblütige Personen und Mischlinge, die nach den Nürnberger Gesetzen nicht als Juden gelten, sowie gegen Protektoratsangehörige werden von der in Ziffer I getroffenen Regelung nicht berührt.

III.

Der Erlaß ist zur Weitergabe an die Kreis- und Ortspolizeibehörden nicht bestimmt.

Im Auftrage:

gez. Dr. Bilfinger

Beglaubigt:



Kanzleiangeestellte

Exh. 3912

346

15-10.

Docu-Pr. No. 32 - 5073
OFFICE OF CHIEF OF POLICE FOR PRAGUE

(Seite 2 des Originals)

REICHSGERICHTS-AMT

Berlin S. 11, den 27.
Nov. 1941

II. 5. Nr. 230/41-212-

Prinz Albrecht-Str. 8
Fernsprecher: 12 00 40
H. maschriftl.: 27 J.v.
05700-129 VI. Sch.
01370 -- 3777 V

Stempel: Schnellerief.

An den
Herrn Reichsminister der Finanzen

z.Hd. von Herrn Ministerialdirigent SCHMIDT - o.v.i.A.-
TRA-PF

in B e r l i n

Betr.: 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom
25.11.1941 - RGBl. I S. 722.

1. Anlage.

Anbei übersende ich den Entwurf meines Trusses
zur Durchführung der oben genannten Verordnung und
zur Regelung der Zusammenarbeit mit dem Oberfinanzprä-
sidenten Berlin, General P. 8 der Verordnung mit der
Bitte um Mitteilung Ihres Einverständnisses.

Da ich den Prozess baldmöglichst herausgeben
möchte, wäre ich sehr möglichst beschleunigte Ste-
llungen (insbesondere in Koordinationsrat Dr.
BILFING, Fernruf 12 00 40, Apparat 442) dankbar.

Im Auftrag

(H. maschriftl.)
Unleserl. und
versch. Zeichen.

Unterschrift: BILFING

(H. maschriftl.)
V U R
01370 -- 3777 V

2.XII.41 3.12.41

U R
Herrn Ministerial Rat von MEDEL
abgetreten m.G.B. um Beteiligung.

Unterschrift: RUPICH (?) (Unleserliche
Zeichen)

- 1 -

unvollst. Entwurf: 9. Dez. 1941

DOCUMENT NO. 10-100
EGATS.-----

(Seite 2 des Originals)

Reichssicherheitshauptamt Berlin, den November 1941

II. 5 b Nr.

Gruppenleiter: SS-Oberstabschef. O. Dr. WILFRIED

Betr.: 11. Durchführungsverordnung zum Reichsbürgergesetz (Ausbürgerung der im Ausland lebenden Juden).

1.) Rundbrief

an alle Staatspolizei(Leit)stellen

Nachrichtlich an

die Inspektoren und Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD

die Höheren SS- und Polizeiführer

die SD(Leit).abschnitte

die Abteilung I des Reichsministeriums des Innern

dem Herrn Reichsminister der Finanzen

dem Auswärtigen Amt.

Betr.: wie oben.

Bisuz.: Rundbrief vom 13.6.41 - II. 5 b. Allg. 1555/41.
Anl. 1: 1 Vordruck.

1. Nach der 11. Durchführungsverordnung zum Reichsbürgergesetz vom Redl. I S.-verlieren alle im Ausland sich aufhaltenden deutschen Juden die deutsche Staatsangehörigkeit mit dem Inkrafttreten der Verordnung oder, soweit sie die Angehörigkeit später verlassen, mit dem Zeitpunkt des Verlassens des Reichsgebiets, zu diesem Zeitpunkt verbleibt auch das Vermögen dieser Juden dem Reich. Nach Par. 6 der Verordnung stellt der Chef der Sicherheitspolizei und des SD fest, ob die Voraussetzungen für den Vermögensverfall vorliegen. Diese Feststellung ist unverzüglich dem Reichsminister der Finanzen zu übermitteln und dem Reichsminister des Innern zu übermitteln. Der

(Seite 3 des Originals)

Vermögensverfall zugunsten des Reiches tritt nie der Verlust der Staatsangehörigkeit kraft Gesetzes ein.

2. Ausbürgerung Par. 8. Allg. 1555/41.

Die Ausbürgerung von Juden ist nach den Bestimmungen dieser Verordnung nicht mehr möglich. Die Verordnung tritt jedoch nicht:

- a) die nicht-jüdischen Angehörigen von Juden,
- b) Mischlinge,
- c) protektorierte Angehörige von Juden,

(Seite 4 des Originals, Forts.)

4. Übernahme des Vermögens durch den Oberfr. aspresidenten Berlin.

Auf Grund der Feststellungen wird der Oberfr. aspresident Berlin von den Staatspolizei (Lit.)stellen das Vermögen übernehmen und sich hierzu mit diesen in Verbindung setzen. Die Übernahme von Bankguthaben, Bankdepots u.dgl. erfolgt zur Vereinfachung des Gesch. des Verkehrs die

(Seite 5 des Originals)

den Oberfr. aspresidenten Berlin unmittelbar mit den Banken ohne besondere Benachrichtigung der Staatspolizei (Lit.)stellen. Bis zur Übernahme sind die beschlagnahmten und sichergestellten Vermögen wie bisher weiter zu verwahren.

5. Die Versteigerung des jüdischen Unzugsgutes ist wie bisher nach den einschlägigen Trassen weiter durchzuführen.

6. Ich weise noch besonders darauf hin, dass das Generalgouvernement als Ausnahme im Sinne der Verordnung gilt, auch wenn dies in der Verordnung nicht ausdrücklich erwähnt ist.

7. Aufhebung Erlasses.

a) Folgende Kundenerlasse werden in vollem Umfang aufgehoben:

Kundenerlasse des Reichssicherheitshauptamtes vom 10.2.1941 - I. II. allgem. 1427 - und vom 13.6.1941 - II. 5 b allgem. 1550/41;

b) Folgende Kundenerlasse werden beschränkt, soweit sie sich auf Juden beziehen:

Trasse des Geheimen Staatspolizeiamtes vom 12.4.1937 - II B 3 allgem. 3427 - vom 11.1.1938 - II B 3 - 155/38 g - vom 17.2.1938 - II B 3 - 155/38 g - II ang.

Trasse des Reichssicherheitshauptamtes vom 6.5.1940 - I. II. allgem. 1450/40 - vom 10.7.1940 - I. II. allgem. 1450/40 - vom 1.8.1940 - II. II. allgem. 1450/40 - vom 24.9.1940 - I. II. allgem. 1455. soweit er sich auf Juden deutscher Staatsangehörigkeit bezieht.

(Seite 6 des Originals)

2.) IV.

IV		II
IV D		II ..
IV B 4	IV D 3 c	II .. 5

(Seite 7 des Originals)

D.R.G.F.
Q 5210 - 1724 VI

Berlin, 6. Dezember 1941 (21)

1. Niederschrift über eine Besprechung am 4. Dezember 1941 im RM über einige Fragen der Verwaltung und Verwertung von Vermögen, die aufgrund der dritten Verordnung zum Reichsbürgergesetz dem Reich verfallen sind.

anwesend: ORR Dr. BILFINGER } Gast po
RR DUHR }
}

OLGR HEFELT HL
(Reichsjustizministerium)

Rechtsanwalt Dr. Kistow
(vom Reichskommissar für das Feindvermögen)

Min.Rat Dr. MAEDER }
RR Dr. SCHWARZAT } RM

Die Vertreter der Gast po boten um Stellungnahme zu dem mit Schnellbrief vom 27.11.1941 übersandten Entwurf. Es wurde erklärt, dass vom Standpunkt des RM im allgemeinen gegen die Fassung keine Bedenken zu erheben seien. Es müsse jedoch im Hinblick darauf, dass Herr Lin den Reichsverteidigungskommissar Hamburg angewiesen habe, die Vertretungen jüdischen Unzugewandten einzustellen, die Bestimmung in Ziffer 5 auf Seite 4 des Entwurfs gestrichen werden. Die Vertreter der Gast po sagten die Streichung dieser Bestimmung zu. Einige Änderungen in redaktioneller Hinsicht sollen berücksichtigt werden.

Es wurden im Anschluss daran Einzelheiten mit dem folgenden Ergebnis besprochen:
1. Der Feindkommissar gibt alle Vermögen an den Oberrhein-Präsidenten Berlin ab, in denen nach Anhang 1 klar ist, dass es sich um Vermögen von Juden handelt, bei denen die Voraussetzungen der Par. 1 und 2 der Verordnung gegeben sind.

(Seite 6 des Originals)

Die Verwalter dieser Vermögensmassen bleiben zunächst im Amt. Sie haben als Vornahmen mit dem Oberrhein-Präsidenten Berlin vorzustellen. Eine Veräußerung von Vermögenswerten durch die Verwalter ohne besondere Auftrag des Oberrhein-Präsidenten Berlin kommt nur in dringenden Fällen in Betracht.

2. Der Feindkommissar wird in zweifelhaften Fällen dem Oberrhein-Präsidenten Berlin Anzeiger erstatten und die Akten einstweilen weiterführen. Diese Fälle sollen notfalls durch die Feststellung nach Par. 6 Absatz 1 der Verordnung geklärt werden.

3. Vermögen von Juden, die vor Inkrafttreten der Verordnung eine andere Staatsangehörigkeit erworben haben, unterliegt weiterhin der Verwaltung durch den Feindkommissar.

4. Juden, die ihren Aufenthalt in Preußen haben, wurden bisher als ausländische Juden behandelt. Ihr Vermögen unterliegt der Verwaltung durch den Feindkommissar. Es soll

(Seite 6 des Originals, Forts.)

in Zukunft nicht mehr unterstellt werden, dass diese Juden die polnischen Staatsangehörigkeit erworben haben. Die Verordnungen werden deshalb vom Finanzkommissar zur Verwaltung und Vorfertigung an den Oberfinanzpräsidenten Berlin zugewiesen werden. Der Finanzkommissar wird nur solche Fälle zurückhalten, in denen ungenügend festgestellt ist, dass der Jude die polnische Staatsangehörigkeit vor Inkrafttreten der Verordnung erworben hatte.

5. Der Finanzkommissar wird die nach Par. 7 der Verordnung erforderlichen Meldungen an den Oberfinanzpräsidenten Berlin control geben. (verstrichen ist durchgestrichen).

6. Es gibt Fälle, in denen Vermögenswerte in Mit-Eigentum von Juden eingetragelt stehen, dass in der Person des einen Juden die Voraussetzungen der Verordnungen gegeben sind: in der Person des anderen Juden dagegen die Voraussetzungen fehlen. Der Finanzkommissar wird in solchen Fällen von seiner Aufgabe, auch feindliches und unheimliches Vermögen zu verzeichnen, Gebrauch machen. Es wird auf diese Fälle effectiert, dass solche Mit-Eigentümer in Grundstücken nicht als alleinige Eigentümer vorausgesetzt werden müssen.

(Seite 7 des Originals)

7. Anwendung der Verordnungen über Grundstücke, die sich nach Inkrafttreten der Verordnung bereits befinden sind, wenn dieser. Der Finanz tritt an die Stelle des Grundbesitzers.

8. Es sind in gewissen Fällen durch die Amtspräsidenten Abschiedsbescheid für Juden bestellt werden, deren Vermögen nach der Verordnung zum Reich verfallen ist. Die Berichte werden eingeleitet werden, die Präsidenten nicht sofort ausgeben, sondern erst dann, wenn die ordnungsgemäße Verfertigung durch den Oberfinanzpräsidenten gesichert ist.

9. Es besteht Einigkeit unter allen Beteiligten darüber, dass die Feststellung nach Par. 8 Abs. 1 der Verordnung keine konstitutive, sondern nur deklaratorische Bedeutung hat. Das Vermögen verfällt auf Grund des Par. 3 automatisch zum Reich ohne dass es eines weiteren Rechtsaktes bedarf. Die Feststellung nach Par. 8 vermittelt dem Oberfinanzpräsidenten Berlin nur die Kenntnis davon, dass ein bestimmtes Vermögen zum Reich verfallen ist. Die Erklärung des Oberfinanzpräsidenten Berlin, dass ein bestimmtes Vermögen zum Reich verfallen sei, ist auch gegenüber dem Grundbuchamt eine Legitimation nur zum Rechtsverkauf durch das Reich.

10. In Berlin, in Stettin und in der Saarpfalz sind schon früher Juden veräußert worden. Das Vermögen dieser Juden ist nach Par. 3 der Verordnung zum Reich verfallen. Die Verfertigung des Vermögens lag bisher dem Generalvollmachtigten beim Reichsminister SS ob. Die Verfertigung soll sobald als möglich auf die zuständigen Oberfinanzpräsidenten übergehen.

XX

2. Zum Vergleiche dieser Verordnung (Verfertigung bei Aufstellung der Identifikation).

1...

XX. (Unleserliches Zeichen)

CONFIDENTIAL COPY

(Seite 1 des Originals)

A b s c h r i f t

Reichssicherheitshauptamt

Berlin, den 9. Dezember 1941

II A 5 Nr. 230 V/41 - 212

Runderlass

an

alle Staatspolizei(leit)stellen

Nachrichtlich

an

die Inspektoren und Befehlshaber der
Sicherheitspolizei und des SD

die Hoheren SS- und Polizeiführer

die SD (Leit)Abschnitte

die Abteilung I des Reichsministeriums des Innern

den Herrn Reichsminister der Finanzen

das Auswärtige Amt

den Herrn Reichsminister der Justiz

das Reichssicherheitshauptamt - Verteiler B -

)
1e
13
fach

Betrifft: 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz
(Ausbürgerung der im Ausland lebenden
Juden).

Bezug: Runderlass vom 13.6.1941 - II A 5 t Allg.
1586/41/.

Anlagen: 1 Vordruck, 1 Erlaßabdruck.

1. Nach der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941 - RGBl I S. 722 - verlieren alle im Ausland sich aufhaltenden deutschen Juden die deutsche Staatsangehörigkeit mit dem Inkrafttreten der Verordnung oder, soweit sie das Reichsgebiet später verlassen, mit dem Zeitpunkt des Verlassens des Reichsgebietes, zu diesem Zeitpunkt verfaellt auch das Vermögen dieser Juden dem Reich. Ferner verfaellt dem Reich das Vermögen der Juden, die bei dem Inkrafttreten dieser Verordnung staatenlos sind und zuletzt die deutsche Staatsangehörigkeit besessen haben, wenn sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland haben oder nehmen. Nach Par. 9 der Verordnung stellt der Chef der Sicherheitspolizei und des SD fest, ob die Voraussetzungen für den Vermögensfall vorliegen. Diese Feststellung ist jedoch nicht rechtsverbindlich, sie scheint vielmehr nur als Unterlage für die Finanzpräsidenten Berlin. Der Vermögensfall im Rahmen des Reiches tritt wie der Verlust der Staatsangehörigkeit kraft Gesetzes ein.

(Seite 2 des Originals)

2. Ausbuergerungsantraege.

Eine Ausbuergerung von Juden ist nach dem Erschei-
nen dieser Verordnung nicht mehr moeglich. Die Verordnung
erfasst jedoch nicht:

- a) die nichtjuedischen Angehoerigen von Juden,
- b) Mischlinge,
- c) protektoratsangehoerige Juden.

Alle hier noch vorliegenden Antraege auf Ausbuer-
gerung von Juden deutscher Staatsangehoerigkeit sind damit
erledigt. Die zusammen mit Ausbuergerungsantraegen gegen
Juden gestellten Antraege auf Ausbuergerung oder Erstrek-
kung derselben auf Mischlinge und sonstige nichtjuedische
Angehoerige koennen aus technischen Gruenden ebenfalls
nicht weiter bearbeitet werden. Soweit bei solchen Perso-
nen eine Ausbuergerung erforderlich ist, ist diese nach den
ueblichen Vordrucken neu zu beantragen. Die Vorlage derar-
tiger Antraege ist bis auf weitere Foelzung zunaechst zu-
rueckzustellen, da zunaechst versucht wird, hierfuer moeg-
lichst grosszuegige Richtlinien zu erreichen.

3. Mitwirkung bei der vermögensrechtlichen Durch-
fuhrung der Verordnung.

a) Die Verwaltung und Verwertung des verfallenen Vermoegens
obliegt dem Oberfinanzpraesidenten Berlin. Als Unterlage
fuer seine Taetigkeit dient ihm hierbei die nach Par. 8 der
Verordnung von hier getroffene Feststellung. Die Vorberei-
tung dieser Feststellung wird den Staatspolizei(leit)stel-
len uebertragen. Das Vermoegen der emigrierten Juden ist
den Staatspolizei(leit)stellen bekannt und zum grossen
Teil nach dem Runderlass vom 24.9.40 - I A 11 Allg.1433
- sichergestellt worden.

b) Die Staatspolizei(leit)stellen haben unter Verwendung
des beiliegenden Vordrucks fuer jede Person gesondert die
Feststellung zu beantragen (eine groessere Anzahl von Vor-
drucken wird dieser Tage uebersandt, weitere benoetigte
Vordrucke sind bei der Materialverwaltung des Reichssicher-
heitshauptamts anzufordern). Falls der unter Ziffer 6 des
Vordrucks vorgesehene Raum nicht ausreicht, ist ein Ver-
moegensverzeichnis in einfacher Ausfertigung als Anlage
beizufuegen. Die einzelnen Vermoegensstuecke sind so zu be-
zeichnen, dass danach die Uebnahme durch den Oberfinanz-
praesidenten Berlin erfolgen kann. Bei Juden, von denen
Vermoegen nicht bekannt ist oder wird, ist nichts zu ver-
anlassen.

(Seite 3 des Originals)

c) Soweit bei Juden die deutsche Staatsangehoerigkeit un-
ter Beschlagnahme des Vermoegens bereits aberkannt ist
und lediglich die Verfallenaussprechung noch nicht ausgespro-
chen ist, sind keine Antraege zu stellen.

d) Zur Vermeidung von Repressalien und Schadensersatzansprüchen gegen das Reich sind keine Feststellungsanträge einzureichen gegen Juden, bei denen irgendwelche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie bereits eine ausländische Staatsangehörigkeit erworben und damit die deutsche Staatsangehörigkeit verloren haben, auch wenn dieser Nachweis noch nicht endgültig erbracht ist, sowie gegen solche Juden, die eine doppelte Staatsangehörigkeit besessen haben und beim Wegfall der deutschen Staatsangehörigkeit eine fremde Staatsangehörigkeit noch besitzen (z.B. Widerruf der deutschen Staatsangehörigkeit). Ueber die Behandlung dieser Vermögen ergeht noch besondere Weisung.

4. Uebernahme des Vermögens durch den Oberfinanzpräsidenten Berlin.

Auf Grund der Feststellungen wird der Oberfinanzpräsident Berlin von den Staatspolizei(leit)stellen das Vermögen übernehmen und sich hierzu mit diesen in Verbindung setzen. Die Uebernahme von Bankguthaben, Bankdepots u.dgl. erfolgt zur Vereinfachung des Geschäftsverkehrs durch den Oberfinanzpräsidenten Berlin unmittelbar mit den Banken ohne besondere Benachrichtigung der Staatspolizei(leit)stellen. Bis zur Uebernahme sind die beschlagnahmten und sichergestellten Vermögen wie bisher weiter zu verwalten.

5. Zu der Frage, welche Gebiete als Ausland im Sinne der Verordnung anzusehen sind, verweise ich auf den in Abdruck beigefügten vertraulichen Runderlass des Reichsministeriums des Innern vom 3.12.41 - I a 5545/41 - 5013.

6. Aufgehobene Erlasse.

a) Folgende Runderlasse werden in vollem Umfange aufgehoben: Runderlasse des Reichssicherheitshauptamtes vom 18.2.1941 - I A 11 Allgem. 1427 - und vom 13.6.1941 - II a 5 b Allgem. 1559/41;

b) Folgende Runderlasse werden beschränkt, soweit sie sich auf Juden beziehen:

Erlasse des Geheimen Staatspolizeiamts
vom 12.4.1937 - II B 3 Allgem. 342 I -
vom 11.1.1938 - II B 3 - 155/39 g -
vom 17.2.1938 - II B 3 - 155/39 g -
II.ang.

(Seite 4 des Originals)

Erlasse des Reichssicherheitshauptamtes
vom 6. 5. 1940 - I A Allgem. 1450/40 -
vom 10. 7. 1940 - I A 11 Allgem. 1450/40 -
vom 1. 8. 1940 - I A 11 Allgem. 1450/40 -
vom 24. 9. 1940 - I A 11 Allgem. 1433,
soweit er sich auf Juden deutscher Staatsangehörigkeit
bezieht.

Im Auftrage:
gez. Dr. Hilfinger
(L.S.) ge. laubigt:
gez. Keller
Kanzleiangestellte.

- 4 -
END
"CERTIFIED TRUE COPY"

Reichssicherheitshauptamt
II A 5 Nr. 230^V/41-212.

Berlin, den 9. Dezember 1941.

Runderlaß

an

alle Staatspolizei(Leit)stellen

Nachrichtlich

an

die Inspektoren und Befehlshaber der
Sicherheitspolizei und des SD

die Höheren SS- und Polizeiführer

die SD (Leit)Abschnitte

die Abteilung I des Reichsministeriums des Innern

den Herrn Reichsminister der Finanzen

das Auswärtige Amt

den Herrn Reichsminister der Justiz

das Reichssicherheitshauptamt - Verteiler B -

SD-Abschnitt I		13. DEZ 1941	
IM A			

) je 3-fach

Betrifft: 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz (Ausbürgerung der im Ausland lebenden Juden).

Bezug: Runderlaß vom 13.6.1941 - II A 5 b Allg. 1558/41-.

Anlagen: 1 Vordruck, 1 Erlaßabdruck.

1. Nach der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941 - RGBl. I S. 722 - verlieren alle im Ausland sich aufhaltenden deutschen Juden die deutsche Staatsangehörigkeit mit dem Inkrafttreten der Verordnung oder, soweit sie das Reichsgebiet später verlassen, mit dem Zeitpunkt des Verlassens des Reichsgebiets, zu diesem Zeitpunkt verfällt auch das Vermögen dieser Juden dem Reich. Ferner verfällt dem Reich das Vermögen der Juden, die bei dem Inkrafttreten dieser Verordnung staatenlos sind und zuletzt die deutsche Staatsangehörigkeit besessen haben, wenn sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland haben oder nehmen. Nach § 8 der Verordnung stellt der Chef der Sicherheitspolizei und des SD fest, ob die Voraussetzungen für den Vermögensverfall vorliegen. Diese Feststellung ist jedoch nicht rechtsgründend, sie dient vielmehr nur als Unterlage für den Oberfinanzpräsidenten Berlin. Der Vermögensverfall zugunsten des Reiches tritt wie der Verlust der Staatsangehörigkeit kraft Gesetzes ein.

2. Ausbürgerungsentscheide.

Eine Ausbürgerung von Juden ist nach dem Erscheinen dieser Verordnung

63

USA (NA) T 175 R 377 666
Verordnung nicht mehr möglich. Die Verordnung erfaßt jedoch nicht:

- a) die nichtjüdischen Angehörigen von Juden,
- b) Mischlinge,
- c) protekthratsangehörige Juden.

Alle hier noch vorliegenden Anträge auf Ausbürgerung von Juden deutscher Staatsangehörigkeit sind damit erledigt. Die zusammen mit Ausbürgerungsanträgen gegen Juden gestellten Anträge auf Ausbürgerung oder Erstreckung derselben auf Mischlinge und sonstige nichtjüdische Angehörige können aus technischen Gründen ebenfalls nicht weiter bearbeitet werden. Soweit bei solchen Personen eine Ausbürgerung erforderlich ist, ist diese nach den üblichen Vordrucken neu zu beantragen. Die Vorlage derartiger Anträge ist bis auf weitere Weisung zunächst zurückzustellen, da zunächst versucht wird, hierfür möglichst großzügige Richtlinien zu erreichen.

3. Mitwirkung bei der vermögensrechtlichen Durchführung der Verordnung.

- a) Die Verwaltung und Verwertung des verfallenen Vermögens obliegt dem Oberfinanzpräsidenten Berlin. Als Unterlage für eine Tätigkeit dient ihm hierbei die nach § 3 der Verordnung von hier getroffene Feststellung. Die Vorbereitung dieser Feststellung wird den Staatspolizei(leit)stellen übertragen. Das Vermögen der emigrierten Juden ist den Staatspolizei(leit)stellen bekannt und zum großen Teil nach dem Kundenerlaß vom 24.9.40 - I A 11 Allg. 1433 - sichergestellt worden.
- b) Die Staatspolizei(leit)stellen haben unter Verwendung des beiliegenden Vordrucks für jede Person gesondert die Feststellung zu beantragen (eine größere Anzahl von Vordrucken wird dieser Tage übersandt, weitere benötigte Vordrucke sind bei der Materialverwaltung des Reichssicherheitshauptamts anzufordern). Falls der unter Ziffer 6 des Vordrucks vorgesehene Raum nicht ausreicht, ist ein Vermögensverzeichnis in einfacher Ausfertigung als Anlage beizufügen. Die einzelnen Vermögensstücke sind so zu bezeichnen, daß danach die Übernahme durch den Oberfinanzpräsidenten Berlin erfolgen kann. Bei Juden, von denen Vermögen nicht bekannt ist oder wird, ist nichts zu veranlassen.
- c) Soweit bei Juden die deutsche Staatsangehörigkeit unter Beschlagnahme des Vermögens bereits aberkannt ist und lediglich die Verfallserklärung noch nicht ausgesprochen ist, sind keine Anträge zu stellen.

20

- d) Zur Vermeidung von Repressalien und Schadensersatzansprüchen gegen das Reich sind keine Feststellungsanträge einzureichen gegen Juden, bei denen irgendwelche Anhaltspunkte dafür vorliegen, daß sie bereits eine ausländische Staatsangehörigkeit erworben und damit die deutsche Staatsangehörigkeit verloren haben, auch wenn dieser Nachweis noch nicht endgültig erbracht ist, sowie gegen solche Juden, die eine doppelte Staatsangehörigkeit besessen haben und beim Wegfall der deutschen Staatsangehörigkeit eine fremde Staatsangehörigkeit noch besitzen (z.B. Widerruf der deutschen Staatsangehörigkeit). Über die Behandlung dieser Vermögen ergeht noch besondere Weisung.

4. Übernahme des Vermögens durch den Oberfinanzpräsidenten Berlin.

Auf Grund der Feststellungen wird der Oberfinanzpräsident Berlin von den Staatspolizei(leit)stellen das Vermögen übernehmen und sich hierzu mit diesen in Verbindung setzen. Die Übernahme von Bankguthaben, Bankdepots u. dgl. erfolgt zur Vereinfachung des Geschäftsvorkehrs durch den Oberfinanzpräsidenten Berlin unmittelbar mit den Banken ohne besondere Beschränkung der Staatspolizei(leit)stellen. Bis zur Übernahme sind die beschlagnahmten und sichergestellten Vermögen wie bisher weiter zu verwalten.

5. Zu der Frage, welche Gebiete als Ausland im Sinne der Verordnung anzusehen sind, verweise ich auf den in Abdruck beigefügten vertraulichen Runderlaß des Reichsministeriums des Innern vom 3.12.41 - I c 5545/41-5013.

6. Aufgehobene Erlasse.

- a) Folgende Runderlasse werden in vollem Umfange aufgehoben:
Runderlaß des Reichssicherheitshauptamtes vom 18.2.1941 - I A 11 Allgem. 1427 - und vom 13.6.1941 - II A 5 b Allgem. 1558/41;
- b) Folgende Runderlasse werden beschränkt, soweit sie sich auf Juden beziehen:
Erlasse des Geheimen Staatspolizeiamtes vom 12.4.1937 - II B 3 Allgem. 342 E - vom 11.1.1938 - II B 3 - 155/38 g - vom 17.2.1938 - II B 3 - 155/38 g - II Anz.

Erlasse

7

Erlasse des Reichssicherheitshauptamtes
vom 8.5.1940 - I A 11 Allgem. 1450/40 -
vom 10.7.1940 - I A 11 Allgem. 1450/40 -
vom 1.3.1940 - I A 11 Allgem. 1450/40 -
vom 24.9.1940 - I A 11 Allgem. 1433,
soweit er sich auf Juden deutscher Staatsangehörigkeit
bezieht.

Im Auftrage:

gez. Dr. Bilfinger.



Beglaubigt:

Fuller

Kanzleibeamtete.

20

A b s c h r i f t.

Der Reichsminister des Innern

Berlin, den 3. Dezember 1941.

I a 5545/41-5013Vertraulich!

An

- a) die Obersten Reichsbehörden,
- b) die Reichsstatthalter in den Reichsgauen (Landesregierungen),
- c) den Reichsprotector in Böhmen und Mähren,
- d) den Generalgouverneur,
- e) den Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums,
- f) die Oberpräsidenten,
- g) die Regierungspräsidenten,
- h) den Polizeipräsidenten in Berlin,
- i) den Stadtpräsidenten der Reichshauptstadt Berlin,
- k) die Volksdeutsche Mittelstelle,
- l) die Haupttreuhandstelle Ost.

b), g) u. l) mit Überdrucken für die Pol.Präs., Pol.Direktionen,
Landräte und Oberbürgermeister.

Betrifft: Anordnung zur Durchführung der 11. Verordnung zum Reichs-
bürgergesetz.

- - - -

Auf Grund des § 13 der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941 - RGBl. I S. 722 - ordne ich im Einvernehmen mit dem Leiter der Partei-Kanzlei folgendes an:

(1) Der Verlust der Staatsangehörigkeit und der Vermögensverfall trifft auch diejenigen unter die Verordnung fallenden Juden, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt in den von den deutschen Truppen besetzten oder in deutsche Verwaltung genommenen Gebieten haben oder in Zukunft nehmen, insbesondere auch im Generalgouvernement und in den Reichskommissariaten Ostland und Ukraine.

(2) Von einer Veröffentlichung dieser Anordnung ist abzusehen.

Soweit Behörden, die den Obersten Reichsbehörden unterstellt sind, von der Anordnung zu unterrichten sind, bitte ich dies in vertraulicher Form zu veranlassen.

In Vertretung:

gez. Dr. Stuckart.

69

USA (N) 175 R 577 F 670

Geheime Staatspolizei
Staatspolizei-leit-stelle

....., den.....194...

Tab.Nr.

An das

Reichssicherheitshauptamt

Referat IV B 4

in Berlin.

Betrifft: Vermögensverfall bei Juden auf Grund der 11. Ver-
ordnung zum Reichsbürgergesetz vom.....
(RGBl. I S.....).

Bezug:

Anlagen:

Ich bitte, die Feststellung zu treffen, daß das Vermögen
des (der) nachstehend aufgeführten Juden (Jüdin), der (die)
zuletzt die deutsche Staatsangehörigkeit besessen hat, auf
Grund der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom.....
..... (RGBl. I S.....) dem Reiche verfallen ist.

- | | |
|--|----------------------------|
| 1.) Name: | Vornamen: |
| (bei Frauen auch Geburtsname) | (Nachnamen unterstreichen) |
| 2.) Geburtstag: | |
| 3.) Geburtsort und Kreis: | |
| 4.) Letzter inländ. Wohnsitz: | |
| (genaue Anschrift ist anzugeben) | |
| 5.) Zeitpunkt der Abwanderung: | |
| (falls er vor dem Inkrafttreten der | |
| 11. Verordnung zum RBG, liegt, genügt | |
| diesbezügliche Angabe) | |
| 6.) Inländische Vermögenswerte: | |
| (Art der Vermögenswerte und deren ungefährer | |
| schätzbarer Wert ist anzugeben, ferner | |
| Angabe, ob bereits Sicherstellung der | |
| Vermögenswerte erfolgt ist) | |
| 7.) Angabe, ob Renten, Versorgungsgebühren | |
| usw. bezogen wurden und Einstellung der | |
| Zahlung veranlaßt ist: | |

25

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD.

Tgb.Kr.

Berlin, den
Prinz-Albrecht-Straße 8

- 1.) Die unseitig beantragte Feststellung wird hiermit getroffen. Der Oberfinanzpräsident Berlin hat entsprechende Mitteilung erhalten.
- 2.) IV C 1 a zur Auswertung.
- 3.) IV C 1 c zu der Pers.-Akte (Personalien siehe unseitig).

I.A.

72

Geheime Staatspolizei
 Staatspolizei-leit-stelle _____

....., den.....194..

Tz. Nr. _____

An das
 Reichssicherheitshauptamt
 Referat IV B 4
in Berlin.

Betrifft: Vermögensverfall bei Juden auf Grund der 11. Ver-
 ordnung zum Reichsbürgergesetz vom.....
 (RGBl. I S.....).

Bezug:

Anlagen:

Ich bitte, die Feststellung zu treffen, daß das Vermögen
 des (der) nachstehend aufgeführten Juden (Judin), der (die)
 zuletzt die deutsche Staatsangehörigkeit besessen hat, auf
 Grund der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom.....
 (RGBl. I S.....) dem Reiche verfallen ist.

- | | |
|--|---------------------------|
| 1.) Name: | Vornamen: |
| (bei Frauen auch Geburtsname) | (Rufnamen unterstreichen) |
| 2.) Geburtstag: | |
| 3.) Geburtsort und Kreis: | |
| 4.) Letzter inländ. Wohnsitz: | |
| (genaue Anschrift ist anzugeben) | |
| 5.) Zeitpunkt der Abwanderung: | |
| (falls er vor dem Inkrafttreten der | |
| 11. Verordnung zum RBG liegt, genügt | |
| diesbezügliche Angabe) | |
| 6.) Inländische Vermögenswerte: | |
| (Art der Vermögenswerte und deren ungefährer | |
| numerischer Wert ist anzugeben, ferner | |
| Angabe, ob bereits Sicherstellung der | |
| Vermögenswerte erfolgt ist) | |
| 7.) Angabe, ob Renten, Versorgungsgebühren | |
| usw. bezogen wurden und Einstellung der | |
| Zahlung veranlaßt ist: | |

2

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD.
Tgb. Nr.

Berlin, den
Prinz-Albrecht-Strasse 3

An den
Herrn Oberfinanzpräsidenten
in Berlin.

Die unseitig beantragte Feststellung wird hiermit
getroffen. Ich bitte, das Weitere hinsichtlich der Ver-
waltung und Verwertung des Vermögens zu veranlassen.

Im Auftrage:

22

Reichssicherheitshauptamt

II A 5 b - Allgem. 1604/41.

Diese in der Antwort erforderliche Geschäftszeichen und Datum anzugeben

Berlin SW 11, den 20. Dezember 1941.
Druck-Abdruck-Stz. 8
Fernsprecher 12 00 40

Schnellbrief

An alle

Staatspolizei(leit)stellen

nachrichtlich

an

- a) die Inspektoren der Sicherheitspolizei und des SD.,
- b) den Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD. in Prag,
- c) die SD-(Leit)-Abschnitte,
- d) den Gruppenleiter II A,
- e) das Referat II A 1, (2 Abdrücke für die Sammlung "Runderlasse")
- f) das Referat I B 3,
- g) das Referat IV B 4.

Betrifft: Versteigerung der Umzugsgüter jüdischer Emigranten.

Bezug: Erlasse vom 1.8.1940 - I A 11 Allgem. 1450/40 -,
5.3.1941 - I A 11 Allgem. 1494/II - und 22.9.1941
- II A 5 b Allgem. 1604-1/41.

Versteigerungen von Umzugsgütern jüdischer Emigranten sind bis zum Erhalt weiterer Weisung nicht mehr durchzuführen, zumal gemäß § 9 der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 20.11.1941 (RGBl. I S. 722 ff.) die Verwaltung und Verwertung dieser Güter, die mit dem Inkrafttreten der vorgenannten Verordnung dem Reiche verfallen sind, nunmehr dem Oberfinanzpräsidenten Berlin obliegt.

Im Auftrage:
gez.: Dr. Biffinger.

Begezeugt:

Handstempelstelle.

30

Reichssicherheitshauptamt

II A 5 b - Allgem. 1604/41.

Bitte in der Antwort nachfolgendes Schlüsselzeichen und Datum eingeben

Berlin SW 11, den 20. Dezember 1941.
Dohn-Platz-Str. 8
Fernsprecher 12 00 40**Schnellbrief**

An alle

Staatspolizei(leit)stellen

nachrichtlich

an

- a) die Inspektoren der Sicherheitspolizei und des SD.,
- b) den Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD. in Prag,
- c) die SD-(Leit)-Abschnitte,
- d) den Gruppenleiter II A,
- e) das Referat II A 1, (2 Abdrucke für die Sammlung "Runderlasse")
- f) das Referat I B 3,
- g) das Referat IV B 4.

Betrifft: Versteigerung der Umzugsgüter jüdischer Emigranten.Bezug: Erlasse vom 1.8.1940 - I A 11 Allgem. 1450/40 -, 5.3.1941 - I A 11 Allgem. 1494/II - und 22.9.1941 - II A 5 b Allgem. 1604-1/41.

Versteigerungen von Umzugsgütern jüdischer Emigranten sind bis zum Erhalt weiterer Weisung nicht mehr durchzuführen, zumal gemäß § 8 der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25.11.1941 (RGBl. I S. 722 ff.) die Verwaltung und Verwertung dieser Güter, die mit dem Inkrafttreten der vorgenannten Verordnung dem Reiche verfallen sind, nunmehr dem Oberfinanzpräsidenten Berlin obliegt.

Im Auftrage:
ges.: Dr. Bilfinger

Beglaubigt:



Kanzleingestellte.

22

Reichssicherheitshauptamt
II A 5 Nr. 740/42-212-5-.

Berlin, den 19. September 1942.

An
alle Staatspolizei(leit)stellen.

Vertraulich!

Nachrichtlich

an
die Höheren W- und Polizeiführer,
Inspekture und Befehlshaber der
Sicherheitspolizei und des SD,
die SD-(Leit)Abschnitte,
das Reichssicherheitshauptamt - Verteiler B -.

Abt.	IV 24		
Eing.	25 SEP. 1942		
Br.Nr.	7076		
Erl.			Anl.

Betrifft: Ausbürgerung von jüdischen Mischlingen und Angehörigen von Juden.

Bezug: Runderlaß vom 9.12.1941 - II A 5 Nr. 230^V/41-212-.

Mit Runderlaß vom 9.12.1941 (Abschnitt 2) habe ich Richtlinien für die künftige Bearbeitung der Ausbürgerung von Mischlingen und nichtjüdischen Angehörigen von Juden in Aussicht gestellt.

Hierzu wird nunmehr folgendes bestimmt:

1. Nichtjüdische Ehefrauen solcher Juden, die auf Grund der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz die deutsche Staatsangehörigkeit verloren haben, können ohne weitere Voraussetzungen zur Ausbürgerung vorgeschlagen werden, wenn eine Trennung von dem jüdischen Ehemann abgelehnt wird oder eine Rückschaffung aus sonstigen Gründen nicht in Frage kommt. In gleichem Umfange können auch die aus solcher Ehe stammenden Kinder (Mischlinge 1. Grades) vorgeschlagen werden.

WL



2. Mischlinge 1. Grades können ebenfalls ohne weiteres vorgeschlagen werden. Da bei ihnen eine feindselige Einstellung gegen das Reich in der Regel unterstellt werden kann, können die Voraussetzungen des § 2 des Gesetzes vom 14.7.1933 als erfüllt angesehen werden. Von der Ausbürgerung ist im Einzelfall nur dann abzusehen, wenn besondere Gründe vorliegen, die gegen die Ausbürgerung sprechen, z.B. weil der Mischling 1. Grades sich erkennbar für die Interessen des Deutschen Reiches einsetzt oder sonstige Gründe eine Ausbürgerung ungerechtfertigt erscheinen lassen. Bei dem Ausbürgerungsvorschlag ist kurz festzustellen, daß solche Ausnahmegründe nicht vorliegen.

3. Mischlinge 2. Grades.

Die Mischlingseigenschaft allein rechtfertigt die Ausbürgerung nicht hinreichend. Es müssen hier noch besondere Tatbestände hinzutreten, welche die Voraussetzungen des § 2 des Gesetzes vom 14.7.1933 - erfüllen. Hierbei ist jedoch der jüdische Bluteinschlag insofern zu berücksichtigen, als in geeigneten Fällen **bereits ein geringerer Verstoß** gegen die Pflichten gegenüber Volk und Reich genügt, um die Ausbürgerung zu begründen.

Im Auftrage:

gez. Dr. Bilfinger



Beglaubigt:

Gesellius
Büroangestellte.

Mn

WL

Die Übereinstimmung ~~vor~~/umstehender
Photokopie/~~Abschrift~~ mit dem hier vorgelegten
Original wird bestätigt.

London, den

28. MÄRZ 1966

Gesch.-Reg.

Nr. 413c/III 66

Gedruckte Texte

Satz: *Jan 1963*

Ymh

Konsulatssekretär ~~St.~~
bei der EMBASSIE der
Bundesrepublik Deutschland in London,
gem. § 26 Konsulargerichte ernannt



Reichssicherheitshauptamt
II A 5 Nr. 740/42-272-5-.

Berlin, den 19. September 1942.

Vertraulich!

An
alle Staatspolizei(leit)stellen.

Nachrichtlich

an
die Höheren SS- und Polizeiführer,
Inspektoren und Befehlshaber der
Sicherheitspolizei und des SD,
die SD-(Leit)Abschnitte,
das Reichssicherheitshauptamt - Verteiler B -.

Betrifft: Ausbürgerung von jüdischen Mischlingen und Angehörigen von Juden.

Bezug: Runderlaß vom 9.12.1941 - II A 5 Nr.-230^V/
41-212-.

Mit Runderlaß vom 9.12.1941 (Abschnitt 2) habe ich Richtlinien für die künftige Bearbeitung der Ausbürgerung von Mischlingen und nichtjüdischen Angehörigen von Juden in Aussicht gestellt.

Hierzu wird nunmehr folgendes bestimmt:

1. Nichtjüdische Ehefrauen solcher Juden, die auf Grund der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz die deutsche Staatsangehörigkeit verloren haben, können ohne weitere Voraussetzungen zur Ausbürgerung vorgeschlagen werden, wenn eine Trennung von dem jüdischen Ehemann abgelehnt wird oder eine Rückschaffung aus sonstigen Gründen nicht in Frage kommt. In gleichem Umfange können auch die aus solcher Ehe stammenden Kinder (Mischlinge 1. Grades) vorgeschlagen werden.

2.

48

2. Mischlinge 1. Grades können ebenfalls ohne weiteres vorgeschlagen werden. Da bei ihnen eine feindselige Einstellung gegen das Reich in der Regel unterstellt werden kann, können die Voraussetzungen des § 2 des Gesetzes vom 14.7.1933 als erfüllt angesehen werden. Von der Ausbürgerung ist im Einzelfall nur dann abzugehen, wenn besondere Gründe vorliegen, die gegen die Ausbürgerung sprechen, z.B. weil der Mischling 1. Grades sich erkennbar für die Interessen des Deutschen Reiches einsetzt oder sonstige Gründe eine Ausbürgerung ungerechtfertigt erscheinen lassen. Bei dem Ausbürgerungsvorschlag ist kurz festzustellen, daß solche Ausnahmegründe nicht vorliegen.

3. Mischlinge 2. Grades.

Die Mischlingseigenschaft allein rechtfertigt die Ausbürgerung nicht hinreichend. Es müssen hier noch besondere Tatbestände hinzutreten, welche die Voraussetzungen des § 2 des Gesetzes vom 14.7.1933 - erfüllen. Hierbei ist jedoch der jüdische Bluteinschlag insofern zu berücksichtigen, als in geeigneten Fällen bereits ein geringerer Verstoß gegen die Pflichten gegenüber Volk und Reich genügt, um die Ausbürgerung zu begründen.

Im Auftrage:

gez. Dr. Bilfinger



Beglaubigte

Forstlin

Befugungsbefugter.

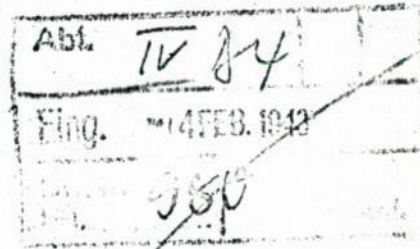
lin

LA

Berlin, den 30. Januar 1943

Reichssicherheitshauptamt
II A 5 Nr. 740^V/42-212-5-.

An
alle Staatspolizei(leit)stellen
nachrichtlich
an
die Höheren 4- und Polizeiführer,
die Inspektoren und Befehlshaber der
Sicherheitspolizei und des SD,
die SD-(Leit)Abschnitte,
das Reichssicherheitshauptamt - Verteiler B -



Betrifft: Ausbürgerung von jüdischen Mischlingen und Angehörigen von Juden.

Bezug: Runderlaß vom 19.9.1942 - II A 5 Nr. 740/42-212-5-.

Die Richtlinien über die Ausbürgerung von jüdischen Mischlingen und nichtdeutschen Angehörigen von Juden (Runderlaß vom 19.9.1942) sind ergänzt und wie folgt neugefaßt worden:

1. Mischlinge I. Grades können ohne weiteres zur Ausbürgerung vorgeschlagen werden, da in der Regel die Voraussetzungen des § 2 des Gesetzes vom 14.7.1933 als erfüllt unterstellt werden können. Von der Ausbürgerung ist im Einzelfalle nur dann abzusehen, wenn besondere Gründe vorliegen, die gegen die Ausbürgerung sprechen, z.B. weil der Mischling I. Grades sich erkennbar für die Interessen des Deutschen Reiches einsetzt oder sonstige Gründe eine Ausbürgerung ungerechtfertigt erscheinen lassen. Um eine Prüfung in dieser Richtung sicherzustellen, ist in jedem Ausbürgerungsvorschlag festzustellen, daß solche Ausnahmegründe nicht vorliegen. Angabe der Mischlingseigenschaft allein genügt nicht.

Vor Stellung eines Ausbürgerungsantrages ist der Mischling in jedem Falle zunächst zur Rückkehr ins Reich

WL

aufzufordern, Die Ermöglichung dieser Rückkehr in allen Fällen Rechnung tragen, in denen die ausländische Judengesetzgebung die Mischlinge I. Grades den Volljuden gleichstellt und damit schlechter stellt als die deutsche Gesetzgebung. Außerdem soll im Einzelfalle nach Möglichkeit vermieden werden, den Mischling zwangsläufig in die Opposition zu treiben. Wird die Rückkehraufforderung abgelehnt, ohne daß hinreichende Gründe nicht rein persönlicher Natur für diese Ablehnung sprechen, so ist die Ausbürgerung vorzuschlagen.

Insofern kann die Rückkehraufforderung in allen nicht klar liegenden Fällen auch als Handhabe zu einer Entscheidung dienen.

2. Mischlinge II. Grades können auf Grund ihrer Mischlingseigenschaft allein nicht ausgebürgert werden. Es müssen hier noch besondere Tatbestände hinzutreten, welche die Voraussetzungen des § 2 des Gesetzes vom 14.7.1933 erfüllen. Hierbei ist jedoch der jüdische Bluteinschlag insofern zu berücksichtigen, als in entsprechenden Fällen bereits ein geringerer Verstoß gegen die Pflichten gegenüber Volk und Reich genügt, um die Ausbürgerung zu begründen.

3. Nichtjüdische Angehörige von Juden.

a) Nichtjüdische Ehepartner solcher Juden, die auf Grund der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz die deutsche Staatsangehörigkeit verloren haben, können ohne weitere Voraussetzungen zur Ausbürgerung vorgeschlagen werden, wenn eine Trennung von dem jüdischen Ehepartner abgelehnt wird oder eine Rückschaffung aus sonstigen Gründen nicht in Frage kommt. In gleichem Umfange können auch die aus solcher Ehe stammenden Kinder (Mischlinge I. Grades) zur Ausbürgerung vorgeschlagen werden.

b) Deutschblütige Personen, die von ihrem jüdischen Ehepartner einwandfrei getrennt leben, sind nicht zur Ausbürgerung vorzuschlagen. Sie können den übrigen Reichsdeutschen grundsätzlich gleichgestellt werden, doch werden auch ihnen gegenüber bei Verstößen und bei der Behandlung im allgemeinen strengere Maßstäbe anzulegen sein. - Grundsätzlich soll in diesen Fällen die Ehescheidung angestrebt werden. Soweit hierzu Erleichterungen notwendig sind - etwa zu Reisen ins Reich - sind diese zu gewähren.

./.

WL

c) Deutschblütige Personen, die von ihrem jüdischen Ehepartner getrennt leben, aber infolge der Gesetzgebung des Aufenthaltslandes, mangelnder Reisemöglichkeit ins Reich usw. die Ehescheidung nicht durchführen können, sind wie unter 3 b zu behandeln. In Fällen, in denen die Trennung nicht einwandfrei feststeht, ist eine schriftliche Erklärung hierüber zu verlangen, in der außerdem zum Ausdruck gebracht ist, daß bei sich bietender Gelegenheit die Ehescheidung durchgeführt wird. Vorläufige gegen diese Erklärung haben die Ausbürgerung zur Folge.

d) Deutschblütige Personen, die von ihrem jüdischen Ehepartner getrennt oder geschieden, aber in häuslicher Gemeinschaft mit Kindern aus dieser Ehe (Mischlingen I. Grades) leben, sind gemäß dem unter 1 erwähnten Grundsatz aufzufordern, mit den Kindern ins Reich zurückzukehren. Wird dieser Aufforderung nicht Folge geleistet, so bleibt die Entscheidung im Einzelfalle zunächst vorbehalten.

e) Deutschblütige Ehepartner von Juden, die zur jüdischen Religionsgemeinschaft übergetreten sind, sollen ohne Rücksicht auf die sonstigen Voraussetzungen zur Ausbürgerung vorgeschlagen werden.

Das Auswärtige Amt hat diese Richtlinien den deutschen Auslandsvertretungen mit Erlaß vom 18.12.1942 - D III 7069 - mitgeteilt und dazu noch angeordnet:

"In den unter 1 und 3 erörterten Fällen, in denen eine Rückkehraufforderung ausgesprochen wird, sind die Ausweispapiere einzubehalten bzw. so kurzfristig auszustellen, daß damit auf Rückkehr gedrängt werden kann. In allen zur Entscheidung stehenden Einzelfällen ist der örtliche Hoheitsträger der Partei zu beteiligen."

Zur Durchführung dieser Richtlinien wird noch folgendes bestimmt:

a) Vor der Einreichung der Ausbürgerungsvorschläge sind alle Möglichkeiten der Rückführung ins Reichsgebiet zu versuchen. Von derartigen Versuchen kann abgesehen werden, wenn eine Rückreise z.B. bei Feindstaaten, nicht möglich ist oder wenn im Einzelfall besondere Gründe vorliegen, nach denen eine Rückkehr unerwünscht

unerwünscht ist. Diese Gründe sind gegebenenfalls im Ausbürgerungsvorschlag auszuführen.

- b) Die Form der Rückkehraufforderung richtet sich nach den Verhältnissen der einzelnen Länder. In den besetzten Gebieten sind die dortigen Dienststellen der Sicherheitspolizei und des SD um Rückschaffung zu ersuchen, im übrigen sind die Rückkehraufforderungen auf dem gewöhnlichen Weg durch die zuständige Landesvertretung bzw. den Polizeiattaché zu veranlassen.
- c) Es ist darauf zu achten, daß in den Ausbürgerungsvorschlägen in jedem Falle die Voraussetzungen dieser Richtlinien im einzelnen dargetan werden, damit Rückfragen vermieden werden. Der Runderlaß vom 19.9.1942 - II A 5 Nr. 740/42-212- wird damit aufgehoben.

Im Auftrage:
gez. Dr. Bilfinger



Beglaubigt:

Thierner
Büroangestellte

Mn

Abschrift

Reichssicherheitshauptamt

II A 5 Nr. 740^V/42-212-5-

Berlin, den 30. Januar 1943

An

alle Staatspolizei(leit-stellen

nachrichtlich

an

die Höheren SS- und Polizeiführer,

die Inspektoren und Befehlshaber der
Sicherheitspolizei und des SD,

die SD-(Leit)Abschnitte,

das Reichssicherheitshauptamt - Verteiler B -

Betrifft: Ausbürgerung von jüdischen Mischlingen und Angehörigen von Juden.

Bezug: Runderlass vom 19.9.1942 - II A 5 Nr.740/42-212-.

- - - - -

Die Richtlinien über die Ausbürgerung von jüdischen Mischlingen und nichtdeutschen Angehörigen von Juden (Runderlass vom 19.9.1942) sind ergänzt und wie folgt neugefasst worden:

1. Mischlinge I. Grades können ohne weiteres zur Ausbürgerung vorgeschlagen werden, da in der Regel die Voraussetzungen des § 2 des Gesetzes vom 14.7.1933 als erfüllt unterstellt werden können. Von der Ausbürgerung ist im Einzelfalle nur dann abzugehen, wenn besondere Gründe vorliegen, die gegen die Ausbürgerung sprechen, z.B. weil der Mischling I. Grades sich erkennbar für die Interessen des Deutschen Reiches einsetzt oder sonstige Gründe eine Ausbürgerung ungerechtfertigt erscheinen lassen. Um eine Prüfung in dieser Richtung sicherzustellen, ist in jedem Ausbürgerungsvorschlag festzustellen, dass solche Ausnahmegründe nicht vorliegen. Angabe der Mischlingseigenschaft allein genügt nicht.

Vor Stellung eines Ausbürgerungsantrages ist der Mischling in jedem Falle zunächst zur Rückkehr ins Reich

b.w.

aufzufordern. Die Ermöglichung dieser Rückkehr soll den Fällen Rechnung tragen, in denen die ausländische Judengesetzgebung die Mischlinge I. Grades den Volljuden gleichstellt und damit schlechter stellt als die deutsche Gesetzgebung. Ausserdem soll im Einzelfalle nach Möglichkeit vermieden werden, den Mischling zwangsläufig in die Opposition zu treiben. Wird die Rückkehraufforderung abgelehnt, ohne dass hinreichende Gründe nicht rein persönlicher Natur für diese Ablehnung sprechen, so ist die Ausbürgerung vorzuschlagen.

Insofern kann die Rückkehraufforderung in allen nicht klar liegenden Fällen auch als Handhabe zu einer Entscheidung dienen.

2. Mischlinge II. Grades können auf Grund ihrer Mischlingseigenschaft allein nicht ausgebürgert werden. Es müssen hier noch besondere Tatbestände hinzutreten, welche die Voraussetzungen des § 2 des Gesetzes vom 14.7.1933 erfüllen. Hierbei ist jedoch der jüdische Bluteinschlag insofern zu berücksichtigen, als in entsprechenden Fällen bereits ein geringerer Verstoss gegen die Pflichten gegenüber Volk und Reich genügt, um die Ausbürgerung zu begründen.

3. Nichtjüdische Angehörige von Juden.

a) Nichtjüdische Ehepartner solcher Juden, die auf Grund der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz die deutsche Staatsangehörigkeit verloren haben, können ohne weitere Voraussetzungen zur Ausbürgerung vorgeschlagen werden, wenn eine Trennung von dem jüdischen Ehepartner abgelehnt wird oder eine Rückschaffung aus sonstigen Gründen nicht in Frage kommt. In gleichem Umfange können auch die aus solcher Ehe stammenden Kinder (Mischlinge I. Grades) zur Ausbürgerung vorgeschlagen werden.

b) Deutschblütige Personen, die von ihrem jüdischen Ehepartner einwandfrei getrennt leben, sind nicht zur Ausbürgerung vorzuschlagen. Sie können den übrigen Reichsdeutschen grundsätzlich gleichgestellt werden, doch werden auch ihnen gegenüber bei Verstössen und bei der Behandlung im allgemeinen strengere Massstäbe anzulegen sein. - Grundsätzlich soll in diesen Fällen die Ehescheidung angestrebt werden. Soweit hierzu Erleichterungen notwendig sind - etwa zu Reisen ins Reich - sind diese zu gewähren.

c) Deutschblütige Personen, die von ihrem jüdischen Ehepartner getrennt leben, aber infolge der Gesetzgebung des Aufenthaltslandes, mangelnder Reisemöglichkeit ins Reich usw. die Ehescheidung nicht durchführen können, sind wie unter 3 b zu behandeln. In Fällen, in denen die Trennung nicht einwandfrei feststeht, ist eine schriftliche Erklärung hierüber zu verlangen, in der ausserdem zum Ausdruck gebracht ist, dass bei sich bietender Gelegenheit die Ehescheidung durchgeführt wird. Verstösse gegen diese Erklärung haben die Ausbürgerung zur Folge.

d) Deutschblütige Personen, die von ihrem jüdischen Ehepartner getrennt oder geschieden, aber in häuslicher Gemeinschaft mit Kindern aus dieser Ehe (Mischlingen I. Grades) leben, sind gemäss dem unter 1 erwähnten Grundsatz aufzufordern, mit den Kindern ins Reich zurückzukehren. Wird dieser Aufforderung nicht Folge geleistet, so bleibt die Entscheidung im Einzelfalle zunächst vorbehalten.

e) Deutschblütige Ehepartner von Juden, die zur jüdischen Religionsgemeinschaft übergetreten sind, sollen ohne Rücksicht auf die sonstigen Voraussetzungen zur Ausbürgerung vorgeschlagen werden.

Das Auswärtige Amt hat diese Richtlinien den deutschen Auslandsvertretungen mit Erlass vom 18.12.1942 - D III 7009 - mitgeteilt und dazu noch angeordnet:

"In den unter 1 und 3 erörterten Fällen, in denen eine Rückkehraufforderung ausgesprochen wird, sind die Ausweispapiere einzubehalten bzw. so kurzfristig auszustellen, dass damit auf Rückkehr gedrängt werden kann. In allen zur Entscheidung stehenden Einzelfällen ist der örtliche Hoheitsträger der Partei zu beteiligen."

Zur Durchführung dieser Richtlinien wird noch folgendes bestimmt:

a) Vor der Einreichung der Ausbürgerungsvorschläge sind alle Möglichkeiten der Rückführung ins Reichsgebiet zu versuchen. Von derartigen Versuchen kann abgesehen werden, wenn eine Rückreise, z.B. bei Feindstaaten, nicht möglich ist oder wenn im Einzelfall besondere Gründe vorliegen, nach denen eine Rückkehr uner-

unerwünscht ist. Diese Gründe sind gegebenenfalls im Ausbürgerungsvorschlag auszuführen.

b) Die Form der Rückkehraufforderung richtet sich nach den Verhältnissen der einzelnen Länder. In den besetzten Gebieten sind die dortigen Dienststellen der Sicherheitspolizei und des SD um Rückschaffung zu ersuchen, im übrigen sind die Rückkehraufforderungen auf dem gewöhnlichen Weg durch die zuständige Landesvertretung bzw. den Polizeiattaché zu veranlassen.

c) Es ist darauf zu achten, dass in den Ausbürgerungsvorschlägen in jedem Falle die Voraussetzungen dieser Richtlinien im einzelnen dargetan werden, damit Rückfragen vermieden werden.

Der Runderlass vom 19.9.1942 - II A 5 Nr. 740/42-212 wird damit aufgehoben.

Im Auftrag
gez. Dr. Bilfinger

(Siegel) Beglaubigt:
gez. Thürmer
Büroangestellte

Mn

Inst.f. Zeitgesch, München

MA 259 / 854-857

1343

BA

RG 1010/2316

1943

Reichssicherheitshauptamt

Berlin, den 27. Februar 1943

II A 5 - Nr.251/42-212-5-Runderlaß:

An alle

Staatspolizei(leit)stellen - mit Ausnahme der Staatspolizei-
leitstellen in Prag und Brünn -.Nachrichtlich

an die

Höheren ~~W-~~ und Polizeiführer, Inspekture
und Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD
die SD-(Leit)AbschnitteBetrifft: Verlust der Staatsangehörigkeit des Protektoro-
rats Böhmen und Mähren.Bezug: Runderlasse vom:
23.10.1939 - IV/II B 3 - Allgem. 1331 -,
13. 9.1940 - I A 11 - " 1417
und 7. 1.1941 - I A 11 - " 1480 -.Anlagen: 1.

I.

Auf Grund der Verordnung zur Änderung der Verordnung
über die Aberkennung der Staatsangehörigkeit des Protek-
torats Böhmen und Mähren vom 19.9.1942 (RGBl. I, S. 558)
werden die nach der Verordnung über die Aberkennung der
Staatsangehörigkeit des Protektorats Böhmen und Mähren
vom 3.10.1939 (RGBl. I S. 1997) dem Reichsminister des
Innern zustehenden Befugnisse bis auf weiteres vom Reichs-
protektor in Böhmen und Mähren ausgeübt.

Anträge auf Aberkennung der Protektoratsangehörigkeit
sind daher in Zukunft nicht mehr an das Reichssicher-
heitshauptamt, sondern an den Befehlshaber der Sicher-
heitspolizei und des SD. in Prag zu richten, dem die
Bearbeitung innerhalb der Behörde des Reichsprotektors
zusteht. Hierbei genügt die Vorlage der Ausbürgerungs-
vorschläge in zweifacher Ausfertigung.

II.

II.

Eine Ausbürgerung von Juden ist nach dem Inkrafttreten der Verordnung über den Verlust der Protektoratsangehörigkeit vom 2.11.1942 (RGBl. I S. 637), auf die hiermit verwiesen wird, nicht mehr möglich.

Für die staatspolizeiliche Mitwirkung bei der vermögensrechtlichen Durchführung der Verordnung gilt der Kunderlaß vom 9.12.1941 - II A 5 Nr. 230^V/41-212- außer Absatz 3 c, betreffend die 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz, sinngemäß. Die Staatspolizei(leit)stellen haben für die nach § 6 der Verordnung durch den Reichsprotektor in Böhmen und Mähren (Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD) zu treffende Feststellung des Vermögensverfalls das beigefügte Antragsformular zu verwenden.

Im Auftrage:
gez. Dr. B i l f i n g e r

St. heimische Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle
Tgb.Nr.

..... den

194

An den

Reichsprotector in Böhmen und Mähren
- Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD -
in P r a g .

Betrifft: Verlust der Protektoratsangehörigkeit nach der
Verordnung vom 2. November 1942 (RGBl. I S. 637).

Bezug:Anlagen:

Ich bitte, die Feststellung zu treffen, daß das Vermögen des
(der) nachstehend aufgeführten Juden (Jüdin), der (die) zu-
letzt die Protektoratsangehörigkeit die tschecho-slowakische
Staatsangehörigkeit besessen hat, auf Grund der Verordnung
vom 2. November 1942 (RGBl. I S. 637) dem Reiche verfallen ist.

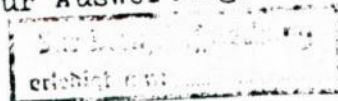
-
- | | |
|---|---------------------------|
| 1. Name: | Vornamen: |
| (bei Frauen auch Geburtsname) | (Rufnamen unterstreichen) |
| 2. Geburtstag: | |
| 3. Geburtsort und Kreis: | |
| 4. Letzter inländischer Wohnsitz: | |
| (genaue Anschrift ist anzugeben) | |
| 5. Zeitpunkt der Abwanderung: | |
| 6. Inländische Vermögenswerte: | |
| (Art der Vermögenswerte und deren ungefäh-
rer ziffernmäßiger Wert ist an-
zugeben, ferner Angabe, ob bereits
Sicherstellung der Vermögenswerte
erfolgt ist.) | |
| 7. Angabe, ob Renten, Versorgungsgebühren
usw. bezogen wurden und Einstellung
der Zahlung veranlaßt ist: | |

Der Reichsprotector
in Böhmen und Mähren
- II A 5 -

Prag, den

194

1. Die umseitig beantragte Feststellung wird hiermit getroffen.
2. Mitteilung haben erhalten:
 - a) Staatspolizeileitstelle
 - b) Vermögensamt des Reichsprotectors
 - c) Oberfinanzpräsident Berlin-Brandenburg.
3. Kartei: zur Auswertung:



I.A.

Geh.	Gei
24. MRZ. 1943	
III	Beurteilt 1090/39
Anl. Dienststelle	

Düsseldorf, den

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle
L III - D 1 - Nr. 63/43.

- a) An die Aussendienststellen und Grekos des Bereichs
- b) " " Herren Polizeipräsidenten, Landräte und Oberbürgermeister
in Neuss, Krefeld und Viersen als Kreispolizeibehörde
- c) An Abt. II B im Hause (2 Überdrucke)
- d) An Abt. III/2 und III/1 im Hause je 2 Überdrucke.
- e) nachrichtlich
An den Herrn Regierungspräsidenten in Düsseldorf.

Vorstehenden Erl. übersende ich mit der Bitte um Kenntnissnahme und Beschutng.

In Vertretung:
gez. W e y g a n d t
Beglaubigt:
Kanzleifangestellte.

(Seite 1 des Originals)

(handschriftlich:)
O 5210 - 2154 VI

Der Reichsminister des Innern

Berlin SW 11, den 10. Juni 1942

Pol. 5 II A 5 Nr. 205 II/42-212-

Prinz-Albrecht-Strasse 8

Bitte in der Antwort verstehendes
Geschäftszeichen und Datum an-
zugeben

Fernsprecher: Ortsverkehr

12 CC 40 Fernverkehr 12 64 21

Dem

Herrn Reichsminister der Finanzen

Berlin W 8

A b s c h r i f t .

Betrifft: Vermögen der aus Baden abgeschobenen Juden.

Anlagen: 2 beglaubigte Abschriften der Feststellungs-
und Einziehungsverfügung.

Auf Veranlassung des Reichsministers der Finanzen über-
sende ich 2 beglaubigte Abschriften meiner rückwirkend vom
15.10.1940 getroffenen Feststellung der Volks- und Staats-
feindlichkeit und gleichzeitiger verfüerten Vermögensschiebung.
1 beglaubigte Abschrift ist fuer den dortigen V. organ bestimmt.

Zur Vermeidung erbrechtlicher Ansprüche habe ich die
Einziehung mit dem 15.10.1940, also zu einem Zeitpunkt verfüert,
als die Betroffenen noch lebten. Damit die Einziehung wirksam
wird, ist die 2. beglaubigte Abschrift einem noch zu bestellenden
gemeinsamen Abwesenheitspfleger (pern Empfangsberechtigung
auszuhandeln. Erbrechtlichen Ansprüche, besonders wenn sie
von Ausländern geltend gemacht werden sollten, kann nur da-
durch wirksam begegnet werden, dass die Einziehung nicht nur
bei Lebzeiten des Eigentümers erfolgt, sondern auch wirksam
geworden ist. Da weder eine Zustellung an die Betroffenen, noch
eine öffentliche Bekanntmachung möglich ist, muss versucht
werden, einen Abwesenheitspfleger bestellen zu lassen, den die
Einziehungsverfügung rückwirkend mit dem 15.10.1940 auszu-
handeln sein würde. Ich ersuche, diese Frage mit dem zu-
ständigen Gericht, gegebenenfalls dem Oberlandesgerichtsprä-
sidenten, mündlich zu erörtern. Die Bestellung eines Abwesen-
heitspflegers am oder vor dem 15.10.1940 hat nur rein formelle
Bedeutung und soll lediglich den Nachweis ermöglichen, dass die
Einziehung bereits am 15.10.1940 Wirksamkeit erlangt hat.

Falls ein Abwesenheitspfleger nicht bestellt werden kann, müsste versucht werden, einen fuer alle Betroffenen gemeinsamen Nachlasspfleger bestellen zu lassen, damit dann die Einziehungsverfuehrung zustellen sein wuerde. Auch die Taetigkeit eines Nachlasspflegers

(Seite 2 des Originals)

soll sich lediglich auf die Entziehung der Einziehungsverfuehrung beschraenken, weil das Vermoegen der Betroffenen ja bereits vom Oberfinanzpraesidenten Baden in Karlsruhe verwaltet wird.

Dem Oberfinanzpraesidenten habe ich 3 beiliegende Abschriften der Einziehungsverfuehrung uebersandt. Zu bestellenden Abwesenheits- bzw. Nachlasspfleger ist die Einziehungsverfuehrung auszuhandeln und der Nachweis hierfuer dem Oberfinanzpraesidenten zu uebergeben.

Einen Bericht ueber das Vergehlasse sende ich entgegen. An die Geheime Staatspolizei Staatspolizeileitstelle Karlsruhe in Karlsruhe.

(handschriftlich) C 52 10 - 2154 VI

Abschrift auf das Schreiben von 18.6.42 - C 5210 - 2066 VI - mit der Bitte um Kenntnisnahme uebersandt.

(Stempel:)
Der Reichsminister
des Innern - 38 -

Im Auftrag:
Herrn Dr. Bilfinger

Beauftragt:
Thurner
Kanzleiangeestellte

VI
(Stempel:) Einr. 18. Jun. 42 Nr.
... Reichsfinanzmin.

(Stempel:)
KZ II Eingewandern
13. Jun. 1942 6
(verschiedene unleserliche
Vermerke)

Berlin, 29. Juni 1942

(handschriftlich:)
D R

C 5210 - 2154 VI
2125, 2066

1. Auf Abschrift des Eintrags ist zu setzen:
Eingewand. in
in Karlsruhe
Abschrift zur Kenntnis unter Hinweis auf Ihren Bericht vom 28. März 1942 - C 5210-2 6 K

2. Zur Frist (15/11. 42)

J-
(Initiale unleserlich)

17/6

(Seite 3 des Originals)

Beiliebte Abschrift.

Der Reichs- und Preussische Minister
des Innern
Vol. S II A 5 Nr. 156/42-212-

Berlin, den 5. Fe-
bruar 1942

Feststellung und Verfassung.

Nach dem Gesetz ueber die Einziehung volks-
und staatsfeindlichen Vermögens von 14. 7. 1933 - RGBl.
I S. 479 - wird festgestellt, dass die Bestrebungen der
nachstehend aufgeführten Juden volks- und staatsfeindlich
gewesen sind und dass insbesondere auch ihr Vermögen zur
Förderung volks- und staatsfeindlicher Bestrebungen ge-
braucht wurde oder stimmt war.

(Seite 13 des Originals)

Gleichzeitig wird auf Grund des Par. 1 des
Gesetzes ueber die Einziehung kommunistischen Vermögens
von 26. 5. 1933 - RGBl. I S. 303 - in Verbindung mit dem
Gesetz ueber die Einziehung volks- und staatsfeindlichen
Vermögens von 14. 7. 1933 - RGBl. I S. 479 - , der
Preussischen Durchführungsverordnung vom 31. 5. 1935 -
GS. S. 167 - und dem Erlass des Fuhrers und Reichskanz-
lers ueber die Verwertung des einzelnen Vermögens
von Reichsfeinden von 29. 5. 1941 - RGBl. I S. 303 - das
inländische Vermögen der verstorbenen aufgeführten Juden
zugunsten des Deutschen Reiches einzuziehen.

In Auftrage:
Herr Dr. Bilfinger

Beiliebte:
(Unterschrift)
Kellner

(Stempel):
Reichsminister des Innern
- 39 -

Kanzlei des Reichs
Bu.

(Seite 14 des Originals)

Der Reichs- und Preussische Minister
des Innern

Pol. S II A 5 Nr. 456/42-212-

Berlin, 5. Juni 1942

Abschrift !

An
die Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Stettin

in Stettin

Betrifft: Vermögen der am 12.2.1940 aus Stettin ab-
gehobenen Juden, die vor dem Inkrafttreten
der elften Verordnung zum Reichsbürgerge-
setz vom 25.11.41 verstorben sind.
Anlagen: 2 Feststellungen - und Einzugsverfö-
gungen.

- - - - -

Ich übersende zwei beglaubigte Abschriften meiner
rückwirkend vom 5.2.1940 getroffenen Feststellung der
Volke- und Staatsfeindlichkeit und gleichzeitige ver-
fügten Vermögenseinzugs. Eine Abschrift ist fuer
den dortigen Vorgang bestimmt.

Zur Vermeidung erbrechtlicher Ansprüche habe ich
die Einziehung rückwirkend mit dem 5.2.1940, also zu
einem Zeitpunkt verfügt, als die Betroffenen noch
lebten. Damit die Einziehung wirksam wird, ist die zu-
te beglaubigte Abschrift einem noch zu befallenden geneh-
samem Abwesenheitspfleger gegen Empfangsbescheinigung
auszuhandigen. X

Erbrechtliche Ansprüche, besonders wenn sie von Aus-
ländern geltend gemacht werden sollten, kann nur durch
durch wirksam begegnet werden, dass die Einziehung nicht
nur bei Lebzeiten der Eigentümer erfolgte, sondern auch
wirksam geworden ist. Da weder eine Zustellung an die
Betroffenen noch eine öffentliche Bekanntmachung mög-
lich ist, muss versucht werden, einen Abwesenheitspfleger
bestellen zu lassen, dem die Einziehungsverfügung rück-
wirkend am 5.2.1940 auszuhandigen sein wuerde. Ich er-
suche, diese Frage mit dem zuständigen Gericht, vorzugs-
weise dem Oberlandesgerichtspräsidenten mundlich zu
erörtern. Die Bestellung eines Abwesenheitspflegers am
oder vor dem 5.2.1940 hat nur rein formale Bedeutung und
soll lediglich den Nachweis ermöglichen, dass die Ein-
ziehung noch bei Lebzeiten der Betroffenen Wirksamkeit
erlangt hat.

Falls ein Abwesenheitspfleger nicht bestellt werden kann, mueste versucht werden, einen fuer alle Betroffenden gemeinsamen Nachlasspfleger bestellen zu lassen, dem dann die Einziehungsverfuegung zuzustellen sein wuerde. Auch die Taetigkeit eines Nachlasspflegers soll sich lediglich auf die Entgegennahme der Einziehungsverfuegung beschränken, weil ja das Vermoegen der Betroffenen bereits vom Oberfinanzpraesidenten Pommern in Stettin verwaltet wird.

Dem Oberfinanzpraesidenten habe ich eine beglaubigte Abschrift der

(Seite 15 des Originals)

Einziehungsverfuegung uebersandt. Dem zu bestellenden Abwesenheits- bzw. Nachlasspfleger ist die Einziehungsverfuegung auszuhaendigen und der Nachweis hierfuer dem Oberfinanzpraesidenten Pommern in Stettin zu uebergeben.

Einen Bericht ueber das Veranlassete sehe ich entgegen.

Im Auftrag:
gez. Dr. Bilfinger

(Stempel:)

VI

Eing. 25. Jun. 42 Min.
Reichsfinanzmin.

(handschriftlich:)
(unleserliches Zeichen)
dem Herrn Reichsminister
der Finanzen Verz. 1. bei 05210 - 2177 VI

in Berlin W 9

Abschrift auf das Schreiben von 16.5.1941 - O.5210 - 2056 VI mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Im Auftrag:
gez. Dr. Bilfinger

(Stempel:)

Der Reichsminister des Innern

Beglaubigt:

(Unterschrift:) Keller
Kanzleiangestellte

(handschriftlich:)

D.R.d.F.

O 52 10 - 2177 VI

Bu.

- 1) CFF hat das Schreiben erhalten
- 2) Z.d.A.

I.A.
(Initials unleserlich)

(unbekanntes Zeichen) 10/7

- 5 -
ZID

" CERTIFIED TRUE COPY "

1164

59

23

Präsident Stappeler
Präsident Stappeler

Berlin SW 11, am
Prinz-Albrecht-Strasse 2

1942

P.-Nr. VI A 5 Nr. 192 /4P-212

Vernachlässigt 15.0042

zu P. 49

Verfügung

Auf Grund des § 1 des Gesetzes über die Einziehung
kommunistischen Vermögens vom 26.5.1935 - RGBl. I Seite 293 -
in Verbindung mit dem Gesetz über die Einziehung volk- und
staatsfeindlichen Vermögens vom 14.7.1935 - RGBl. I Seite 472 -
der Preussischen Durchführungsvorordnung vom 31.8.1935 - 39.
Seite 237 - und dem Erlass des Führers und Reichskanzlers über
die Verwertung des eingezogenen Vermögens von Reichsfeinden
vom 29.5.1941 - RGBl. I Seite 303 - wird das Vermögen folgen-
der Personen zugunsten des Deutschen Reiches eingezogen.

In Auftrage:

gez. Dr. B i l f i n g e r

Für die Richtigkeit

(L.S.) gez. Unterschrift

Konsulatsangestellte

A b s c h r i f t .

Gemeine Staatspolizei
Gemeines Staatspolizeiamt
V
B.-Nr. II A 5 Nr. 192 / 42-212

Berlin SW 11, den 18. April 1942
Prinz-Albrecht-Straße 8

Fernsprecher: 12 0040

V e r f ü g u n g :

Auf Grund des § 1 des Gesetzes über die Einziehung kommunistischen Vermögens vom 26.5.1933 - RGBl. I Seite 293 - in Verbindung mit dem Gesetz über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens vom 14.7.1933 RGBl. I Seite 479 - der Preußischen Durchführungsverordnung vom 31.5.1933 - GS. Seite 207 - und dem Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Verwertung des eingezogenen Vermögens von Reichsfeinden vom 29.5.1941 - RGBl. I Seite 303 - wird das Vermögen folgender Personen zugunsten des Deutschen Reiches eingezogen.

Im Auftrage:

gez. Dr. B i l f i n g e r

Für die Richtigkeit

(L.S.) gez. G r e l l i n

Kanzleiangeestellte